

Abstract für Momentum 2011: Gleichheit

Neoklassischer Wettbewerbsstaat & keynesianischer Kooperationsstaat

**Eine theoretische Gegenüberstellung gleicher und ungleicher
Wettbewerbsbedingungen**

Nikolaus Kowall

„Eine globale Finanz- und Währungsordnung muss garantieren, dass Volkswirtschaften nicht in einen Wettkampf der Nationen eintreten und jederzeit die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft erhalten bleibt. Nur dann können die Unternehmen untereinander auch über Ländergrenzen hinweg in einen sinnvollen, d.h. wohlstandsmehrenden Wettbewerb eintreten.“¹

(Heiner Flassbeck, 2007)

¹ Flassbeck 2007, S. 279

Einleitung

„»Wir werden aus Deutschland herausholen, was man nur aus einer Zitrone pressen kann, und noch etwas mehr«²“, zitiert Keynes in den „Economic consequences of the peace“ – jenem Werk das den Ökonomen schlagartig weltberühmt machte – die Vorhaben des britischen Premierministers Lloyd George für die Friedensverhandlungen von Versailles 1919. Getragen von einer Welle des Revanchismus wollten die Verbündeten der Entente aus dem wirtschaftlich völlig daniederliegenden Deutschland über Jahrzehnte beachtliche Reparationszahlungen beziehen. Keynes betonte, dass Deutschland diese Reparationen nur in Waren zahlen könne, Voraussetzung dafür wäre jedoch dass es mehr Waren ausführt, als einführt, also ein Leistungsbilanzüberschuss erzielt.³ Der Ökonom wies darauf hin, dass Deutschland bereits vor Kriegsbeginn eine nicht unwesentliche negative Handelsbilanz aufwies und unter Hinzurechnung der wirtschaftlichen Schäden des Krieges *„nicht nur keinen Überschuss für Zahlungen ans Ausland hat, sondern nicht einmal annähernd imstande sein wird, sich selbst zu versorgen.“*⁴

Da an höhere Exporte nicht zu denken ist, spielt Keynes den Gedanken durch, den deutschen Leistungsbilanzsaldo durch eine Reduktion der Importe positiv werden zu lassen. Dafür wäre eine Herabsetzung des Wohlstandsniveaus notwendig.⁵ Doch auch hier ergibt sich ein praktisches Dilemma, denn *„viele große Posten lassen keine Herabsetzung zu, ohne auf den Umfang der Ausfuhr zurückzuwirken.“*⁶ Keynes sieht unter den damaligen Bedingungen keine Möglichkeit die hohen deutschen Reparationen zu begleichen und er kommt zu dem Schluss, dass Deutschland nur dann Zahlungen leisten könne, wenn es vorher wirtschaftlich wieder auf die Beine käme. *„Wenn die Verbündeten Handel und Industrie Deutschlands für einen Zeitraum von 5 bis 10 Jahren »förderten« (...) ließe sich wahrscheinlich eine wesentlich größere Summe aus ihm herausschlagen, denn Deutschlands Leistungsfähigkeit könnte sehr groß sein (...).“*⁷

Auf einen pikanten Umstand macht im Vorwort zu den „Economic consequences“ die deutsche Historikerin Dorothea Hauser aufmerksam. Die Voraussetzungen zur Begleichung der Reparationen waren nicht nur aus inneren wirtschaftlichen Gründen, sondern auch aus äußeren handelspolitischen Gesichtspunkten gar nicht gegeben. *„Denn die Alliierten, auch die USA, weigerten sich strikt, die großen Handelsbilanzdefizite mit Deutschland zu akzeptieren, die für erfolgreiche Reparationszahlungen in Gold und ausländischen Währungen notwendig gewesen wären. (...) Dies bedeutete aber, dass Deutschland die Exportüberschüsse die es zur Reparationstilgung gebraucht hätte, gar nicht aktiv erwirtschaften konnte.“*⁸

Europäische Ungleichgewichte

Womit die Parallelen zum aktuellen (2011) Dilemma in Griechenland offenkundig werden. Aus einer – nicht durch den Krieg sondern durch die Wirtschaftskrise – schwer angeschlagenen Volkswirtschaft werden Zins- und Tilgungszahlungen erwartet. Gleichzeitig

² Keynes (2006), S. 91

³ vgl. Keynes (2006), S. 98

⁴ Keynes (2006), S. 98

⁵ vgl. Keynes (2006), S. 99-100

⁶ Keynes (2006), S. 100

⁷ Keynes (2006), S. 101-102

⁸ Hauser (2006)

besteht keinerlei Bereitschaft diesem Land die Möglichkeit zu geben, die dafür notwendigen Leistungsbilanzüberschüsse überhaupt zu erwirtschaften. Dazu tragen einerseits die selbst 2011 unter guten konjunkturellen Bedingungen weiter sinkenden Reallöhne im Euro-Hegemon Deutschland bei, andererseits sind die rigorosen Konsolidierungspläne die die Europäische Union und der Währungsfonds Griechenland auferlegen für Verschlimmerung der Rezession verantwortlich.⁹ Es besteht von Seiten der Gläubigerländer – allen voran Deutschland – gar kein Bedarf nach einer beidseitigen Angleichung der Wettbewerbsfähigkeit, die eine Rückzahlung griechischer Schulden ermöglichen würde. Dabei hat Deutschland bereits katastrophale Erfahrungen mit ungleichem Wettbewerb gemacht, wie Heiner Flassbeck nicht müde wird zu betonen. *„Wenn etwas aus der deutschen Währungsunion zu lernen war, dann die Tatsache, dass langfristig ein Verlust an Wettbewerbsfähigkeit durch nichts auszugleichen ist und dauerhafte Transfers des Gewinners an den Verlierer unumgänglich macht. Die politischen Folgen einer Transferunion sind schon in Deutschland dramatisch, für Europa wären sie katastrophal.“*¹⁰

Der Fall Griechenland ist der dramatischste Beleg für ein innereuropäisches Ungleichgewicht, das sich vor allem seit der Einführung des Euro 1999 zwischen dem nördlichen Zentrum und der südlichen Peripherie der Eurozone etabliert hat. Nicht nur, aber vor allem die unterschiedlichen Entwicklungen bei der Lohnpolitik haben diese enormen ökonomischen Spannungen verursacht. Zwischen Staaten mit unterschiedlichen Währungen sind unterschiedliche Entwicklungen der Löhne nicht so dramatisch, denn wie Heiner Flassbeck betont *„langfristig kann kein Land eine große Schulden- oder Vermögensposition gegenüber dem Rest der Welt aufbauen und halten, ohne dass es dafür nicht irgendwann einen Ausgleich gäbe: Entweder es wird zurückgezahlt (Schulden abgebaut) bzw. Geld im Ausland ausgegeben (Vermögen abgebaut) oder die Schulden bzw. Vermögensposition wird entwertet durch Wechselkursänderungen.“*¹¹ Innerhalb der Eurozone ist die Lage jedoch zunehmend, bedrohlich, weil das Wechselkursventil fehlt. *„Aber ohne ein solches Ventil namens Wechselkursanpassung ist internationaler Handel auf Dauer nicht möglich, wenn nicht alle Länder mehr oder weniger gleiche Inflationsraten, sprich: Lohnstückkosten aufweisen“*¹² ÖkonomInnen sämtlicher theoretischer Ausrichtungen sind sich einig, dass die aktuelle Situation eine Zerreißprobe für den Euro selbst darstellt. In diesem Papier wird der Fokus jedoch weniger auf das konkrete Zustandekommen der Ungleichgewichte in Europa gelegt, als vielmehr auf die theoretischen Eckpfeiler im zeitgenössischen ökonomischen Denken, die solche Ungleichgewichte ermöglichen, bzw. sogar forcieren. Dieser Auffassung, die sich am besten an der Beschreibung des neoklassischen Wettbewerbsstaats festmachen lässt, wird in diesem Papier der keynesianische Kooperationsstaat als theoretisches Gegenmodell gegenübergestellt.

Der neoklassische Wettbewerbsstaat

Der neoklassische Wettbewerbsstaat zeichnet sich dadurch aus, dass die Logik der einzelwirtschaftlichen Konkurrenz auf gesamte Volkswirtschaften umgelegt wird. *„Hier versuchen die Marktteilnehmer durch Wettbewerbsvorteile (Lohnniveau, Steuerniveau, Regulungsdichte, Umwelt- und Sozialstandards usw.) anderen Marktanteile wegzunehmen, also Effekte durch Umverteilung statt durch Produktivitätssteigerungen zu erreichen,“*¹³

⁹ <http://www.fr-online.de/wirtschaft/wirtschaft-brummt--realloehne-sinken/-/1472780/8430408/-/>

¹⁰ Flassbeck 2007, S. 201

¹¹ Flassbeck 2007, S. 125

¹² Flassbeck 2007, S. 128

¹³ Busch/Land, S. 19

konstatieren Rainer Land und Ulrich Busch. Zu den genannten Steuerungsfeldern für Wettbewerb ergänzt Jörh Huffschmied noch, dass „*die Liberalisierung der Kapitalmärkte nationale Währungen in ihren Eigenschaften als Wertaufbewahrungsmittel oder Vermögenswerte miteinander in Konkurrenz gesetzt hat.*“¹⁴ Der neoklassische Wettbewerbsstaat erstreckt sich folglich auf die Bereiche Löhne, Steuerniveaus, Reglungsdichte, Sozialstandard, Umweltstandards und Währungen.

Das taktgebende Nervensystem einer Volkswirtschaft unter dem Regulierungsregime des Wettbewerbsstaates ist ein liberalisierter Finanzmarkt, weshalb Stephan Schulmeister den Charakter einer solchen Ökonomie auch als Finanzkapitalismus bezeichnet. Ausschlaggebend für diesen Typus ist laut Schulmeister ein „*»Interessensbündnis« zwischen Real- und Finanzkapital*“, dessen wirtschaftspolitische Hauptziele die Entfesselung der Finanzmärkte, die Geldwertstabilität, solide Staatsfinanzen und eine sinkende Staatsquote (alles genuine Finanzkapitalinteressen) seien. Der Weg dorthin sei Sozialstaat und Gewerkschaften zu schwächen.¹⁵ Vor allem die monetaristische Geldpolitik, mit der sich Europa laut Flassbeck im Gegensatz zum angelsächsischen Raum „*auf eine langwierige und folgenreiche Partnerschaft eingelassen hat*“, Sorge für die Einhaltung des zentralen Dogmas der Geldwertstabilität.¹⁶ Schulmeister schlägt in dieselbe Kerbe wenn er sagt: „*Die Verlagerung der wirtschaftspolitischen Macht von den Regierenden zu den Notenbanken kommt in Europa, insbesondere in der Machtausstattung der europäischen Zentralbank zum Ausdruck.*“¹⁷

Sowohl der Charakter der Geldpolitik als auch jener der Lohnpolitik lassen sich an jeweils einem einfachen empirischen Indikator in ihrer prinzipiellen Ausrichtung festmachen. Denn, so Schulmeister, „*die von den Notenbanken praktizierte Geldpolitik führt dazu, dass das Zinsniveau die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate übersteigt.*“¹⁸ Ein Trend der sich für Europa und Deutschland eindeutig beobachten lässt und den Heiner Flassbeck für die Bundesrepublik 2007 wie folgt umschreibt: „*Seit 1980 lag der Realzins nie mehr spürbar geschweige denn längere Zeit unter der Wachstumsrate, vielmehr übertraf er sie von 1980 bis 1989 um durchschnittlich 1,8 Prozentpunkte und seit der deutschen Wiedervereinigung 1991 bis heute beträgt der Abstand immerhin 1,3 Prozentpunkte.*“¹⁹ Als richtungsweisender Indikator für die Lohnpolitik lässt sich feststellen, ob die Lohnabschlüsse gemäß der gesamtwirtschaftlichen Produktivität gewachsen sind oder nicht. Wachsen die Löhne mit der Produktivität, bleibt ihr Anteil an der Wertschöpfung konstant. Lohnzurückhaltung würde ein Wachstum unter der Produktivität erwarten lassen und ein solches haben Rainer Land und Ulrich Busch empirisch für die industrialisierte Welt nachgewiesen. „*Die Unternehmenseinkommen stiegen seit 1981 deutlich schneller, die Löhne langsamer als die Produktivität. Diese Entwicklung setzte sich mit einer kleinen Unterbrechung durch die deutsche Einheit bis heute fort, erfuhr aber nach 2003 noch einmal eine dramatische Verstärkung.*“²⁰

Der keynesianische Kooperationsstaat

¹⁴ Huffschmid 2002, S. 45-47
¹⁵ vgl. Schulmeister 2010, S.43
¹⁶ Flassbeck 2007, S. 177
¹⁷ Schulmeister 2010, S.43
¹⁸ Schulmeister 2010, S.43
¹⁹ Flassbeck 2007, S. 180
²⁰ Busch/Land, S. 14

Als Teilhabekapitalismus bezeichnen Rainer Land und Ulrich Busch jenes ökonomische Regime, das durch den keynesianischen Kooperationsstaat gesteuert und reguliert wird. Es ist erstens durch die fordistische Massenproduktion charakterisiert. Deren Besonderheit bestehe *„in der Koppelung von Massenproduktion und Masseneinkommen, vor allem also über die Arbeitnehmereinkommen. (...) Damit wurde die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch positive Skaleneffekte der Massenproduktion zur wichtigsten Produktivitätsressource.“*²¹ Als zweiten Aspekt führen sie die produktivitätsorientierte Lohnentwicklung ins Felde, die eine positive Rückkoppelung von Massenproduktion, Masseneinkommen und Massenkonsumtion zur Folge habe.²² Letztlich sei ein Weltmarktregime der komparativen Vorteile charakteristisch für den Teilhabekapitalismus. Der Weltmarkt wurde *„zur zweiten essentiellen Rückkoppelung von Massenproduktion und Massenkonsum, mit der globale Effekte, economics of scale, für Innovationen nutzbar wurde.“*²³

Stephan Schulmeister spricht bei dieser ökonomischen Steuerung von Realkapitalismus, weil das Interessensbündnis zwischen Arbeit und Realkapital dominiert und die Interessen des Finanzkapitals ruhig gestellt sind²⁴ Schulmeister weist auf essentielle Unterschiede zum Wettbewerbsstaat im Finanzkapitalismus hin: *„Staat und Markt, Konkurrenz und Kooperation werden als einander ergänzende Steuerungssysteme begriffen.“*²⁵ Auch die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen sind vielfältiger, Vollbeschäftigung, ein hohes Wirtschaftswachstum und soziale Sicherheit spielen für die Wirtschaftspolitik eine Rolle.²⁶ Da die Geldwertstabilität nicht mehr das dominante Dogma darstellt, bleibt mehr Spielraum für eine expansive Geldpolitik. Schulmeisters stellt für den Realkapitalismus fest: *„Der Zinssatz wird von den Notenbanken stabil und auf einem unter der Wachstumsrate liegenden Niveau gehalten.“*²⁷ Das ist von großer Relevanz weil der Zins laut Flassbeck *„das zentrale Steuerungsinstrument der Investitions- und Wachstumsbedingungen in monetären Marktwirtschaften ist.“*²⁸

Im Zusammenhang mit der Lohnpolitik spricht Flassbeck von einer essentiellen lohnpolitischen Spielregel, die vor allem in Währungsunionen unausweichlich sei, weil jegliches Abwertungsventil fehlt. Anstelle eines Lohndumpings sollten die Volkswirtschaften ihre Löhne – und damit ihre Preisniveaus – jeweils um die Produktivitätsentwicklung plus einer vereinbarten Zielinflation von z.B. 2 Prozent steigern. Dadurch verliert und gewinnt niemand an Wettbewerbsfähigkeit und alle leben genau nach ihren Verhältnissen. *„Jedes einzelne Mitglied muss also mit seinen Löhnen immer genau zwei Prozent über seiner eigenen Produktivitätsrate bleiben, wie groß die auch immer sein mag, dann wird die Wettbewerbsfähigkeit jeder einzelnen Volkswirtschaft gerade erhalten und kein einzelnes Land kann in die Bredouille geraten. Wer nach oben von den 2 Prozent abweicht, verliert Wettbewerbsfähigkeit und Marktanteile, wer nach unten abweicht, gewinnt beides. Wer einmal nach oben abgewichen ist, muss später in genau dem gleichen Maße nach unten.“*²⁹

Die beiden zuvor genannten empirischen Indikatoren für die Lohn- und die Geldpolitik verhalten sich genau spiegelbildlich zum Szenario des Finanzkapitalismus. Flassbeck stellt punkto Entwicklung des Zinssatzes für Deutschland und die USA fest: *„In den 1950er Jahren,*

²¹ Busch/Land, S. 6

²² vgl. Busch/Land, S. 6

²³ Busch/Land, S. 7

²⁴ vgl. Schulmeister 2010, S.41

²⁵ Schulmeister 2010, S.41

²⁶ vgl. Schulmeister 2010, S.41

²⁷ Schulmeister 2010, S.41

²⁸ Flassbeck 2007, S. 156

²⁹ Flassbeck 2007, S. 198-99

den 1960er Jahren und Anfang der 1970er-Jahre lag der Realzins in beiden Ländern um durchschnittlich 3 Prozentpunkte unter der Wachstumsrate.³⁰ Auch die Lohnentwicklung verläuft genau gegenteilig zum Regime des Finanzkapitalismus, wie Rainer Land und Ulrich Busch nachweisen: *„Die Koppelung steigender Arbeitnehmereinkommen an die Entwicklung der volkswirtschaftlichen Arbeitsproduktivität lässt sich für die Zeit von 1950 bis 1975 eindeutig und zweifelsfrei nachweisen, und zwar sowohl für Deutschland als auch im internationalen Vergleich.“*³¹

Wettbewerb unter Gleichen

In einem abschließenden Kapitel werden die multilateralen Wettbewerbsbedingungen im neoklassischen Wettbewerbsstaat und im keynesianischen Kooperationsstaat miteinander verglichen. Die zentrale Fragestellung wird lauten, welches Modell eher optimale Rahmenbedingungen für einen Wettbewerb um schumpeterianische Innovationen zu Stande bringt.

³⁰ Flassbeck 2007, S. 180

³¹ Busch/Land, S. 11-12